

Landtag Aktuell

89. Ausgabe

Düsseldorf, 17.05.2013



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Ein Jahr nach der Landtagswahl

Die zehn größten Schwachpunkte
der rot-grünen Landesregierung in NRW

Ein Jahr nach der Landtagswahl

Die CDU Landtagsfraktion hat ein Flugblatt mit einer ernüchternden Bilanz rot-grüner Landespolitik herausgegeben, das ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle: <http://kurzlink.de/GGflugblatt-13-05>.

Nordrhein-Westfalen erneut unsicherstes Flächenland in Deutschland

Auf Antrag der CDU Landtagsfraktion wurde in dieser Woche im Landtag über die besorgniserregende Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen diskutiert.

Am 15.05.2013 stellte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes (PKS) für das Jahr 2012 vor: <http://kurzlink.de/PKSbund2012>. Wie FOCUS-Online bereits vorab meldete, weist Nordrhein-Westfalen nach den Stadtstaaten Berlin (14.144 erfasste Straftaten pro 100.000 Einwohner), Bremen (13.128) und Hamburg (12.551) die höchste Kriminalitätsrate auf. In unserem Bundesland entfallen auf 100.000 Einwohner 8.510 Verbrechen, während es im traditionell sichersten Land Bayern lediglich 4.977 Taten sind. Ebenfalls gut schneiden Baden-Württemberg (5.317) und Thüringen (6.307) ab.

Nordrhein-Westfalen ist damit erneut das unsicherste Flächenland der Bundesrepublik Deutschland. Damit setzt sich die besorgniserregende Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre weiter fort. Bereits im Jahr 2011 war der Kriminalitätszuwachs in Nordrhein-Westfalen fast fünfmal so hoch, wie im Bundesdurchschnitt. Dieser Trend hat sich im Jahr 2012 – wenn auch auf niedrigerem Niveau – verfestigt. Zudem stagniert die Aufklärungsquote in NRW bereits seit 2010 auf niedrigem Niveau (2010: 49,9%, 2011: 49,1%, 2012: 49,1%). Unter rot-grüner Regierungsverantwortung wird in Nordrhein-Westfalen damit zum dritten Mal in Folge weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt. In anderen Länder werden dagegen fast zwei Drittel aller Straftaten aufgeklärt (Thüringen: 64,3%; Bayern: 63,2%; Niedersachsen: 60,9%).

Steuererhöhungen gefährden Wohlstand und Arbeitsplätze

Als „leistungsfeindliche Gefährdung von Arbeitsplätzen und Wohlstand“ soll der nordrhein-westfälische Landtag die von Rot-Grün aus Bundesebene geplanten Steuererhöhungen ablehnen. Nach den aktuellen Parteitagebeschlüssen der Grünen hat die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, über den der Landtag berät. Arbeit muss sich lohnen und darf nicht durch leistungsfeindliche Steuerpolitik bestraft werden. SPD und Grüne planen unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit massive Steuererhöhungen für alle Bevölkerungsschichten, vor allem für die hart arbeitende Mittelschicht. Mehr: <http://kurzlink.de/GGflugblatt-steuern>.

Kleine Anfrage: Evaluation Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr

Seit 2008 kooperieren Schulen und Bundeswehr um Schülerinnen und Schüler in sicherheitspolitischen Fragestellungen aufzuklären. Jugendoffiziere können seither bei Veranstaltungen in Schulen informieren.

Im Oktober 2012 trat eine neue Vereinbarung zwischen dem Landesschulministerium und der Bundeswehr in Kraft, die u.a. die Einbindung von Jugendoffizieren in den Schulunterricht neu regelt. Demnach sind „Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen sowie Organisationen der Friedensbewegung“ fortan „gleichberechtigt und gleichgewichtig“ und müssen neben der Bundeswehr in den Schulunterricht „einbezogen und berücksichtigt werden“.

Mit Hilfe einer Kleinen Anfrage möchte u.a. ich nun wissen, wie und ob sich die Veranstaltungen verändert haben: <http://kurzlink.de/KAevaluationKoop>. Über die Antworten werde ich berichten.

Die nächste Ausgabe von Landtag Aktuell erscheint wieder am 07. Juni 2013.

Gregor Golland MdL · Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf · <http://www.gregor-golland.de>

Wenn Sie Landtag Aktuell nicht mehr erhalten möchten, faxen Sie an 02234/9334762 unter Angabe Ihrer Faxnummer bzw. E-Mailadresse oder senden Sie Ihre Angaben an newsletter@gregor-golland.de.